



## Postulat 345

Eingang Stadtkanzlei: 31. Oktober 2019

### **Aktive Bewirtschaftung der städtischen Alterssiedlungen**

Die Stadt verfügt aktuell über 230 Alterswohnungen in vier Alterssiedlungen (Guggi, Rank, Eichhof, Titlis). Dieser Bestand ist seit vielen Jahren unverändert. Die städtischen Alterswohnungen wurden seinerzeit gebaut, um der Altersarmut entgegenzuwirken. Sie gehörten lange Zeit zum Verwaltungsvermögen; die Stadt sah die Zurverfügungstellung von zahlbarem Wohnraum im Alter als Grundauftrag. Vor einigen Jahren wechselten die Alterswohnungen vom Verwaltungs- zum Finanzvermögen der Stadt Luzern.

In die städtischen Alterswohnungen wurde in den letzten Jahren kaum investiert. Mit Ausnahme von einem Teil der Siedlung Guggi, welcher nach langem Vorlauf nun endlich saniert wird, werden die städtischen Alterssiedlungen – ebenso wie die übrigen städtischen Liegenschaften im Finanzvermögen – sehr defensiv bewirtschaftet. Im Sinne einer nachhaltigen Liegenschaftspolitik sind regelmässige Unterhalts- und Investitionstätigkeiten jedoch zentral.

Gemäss B+A 21/2019 «Städtische Wohnraumpolitik III», M11 (Seite 55), soll geprüft werden, ob die 230 städtischen Alterswohnungen langfristig dem gemeinnützigen Wohnungsbestand zugeführt werden sollen. Somit ist zum heutigen Zeitpunkt unklar, wer mittelfristig für die städtischen Alterswohnungen zuständig sein wird.

Unabhängig davon, wer (welche Trägerschaft) zukünftig für die städtischen Alterswohnungen zuständig sein wird, ist es wichtig, dass die Liegenschaften gut unterhalten werden. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die städtischen Alterssiedlungen veraltet sind und es einen dringenden Investitionsbedarf gibt.

Wir regen beim Stadtrat an, für den Zeithorizont der nächsten 5–10 Jahre dafür zu sorgen, dass die renovationsbedürftigen städtischen Alterssiedlungen aktiv bewirtschaftet und regelmässige Unterhalts- und Investitionstätigkeiten getätigt werden. Damit soll sichergestellt werden, dass die Liegenschaften mindestens einen durchschnittlichen Mieter/innen-Standard erfüllen.

Marco Müller und Christian Hochstrasser  
namens der G/JG-Fraktion